



STADTRAT SERVIERT ESTHER SCHLATTER EISKALT AB

23. 12. 2017 / Mit starkem Befremden nimmt die Grüne Partei den Beschluss des bürgerlich kontrollierten Stadtrates zu Kenntnis, dass dieser der GLP-Stadträtin Esther Schlatter das Energie-Dossier entzieht. Fadenscheinig begründet der Stadtrat seinen Entscheid mit Konflikten zwischen Schlatter und den Stadtwerken bezüglich Kompetenzen und strategischen Fragen. Mit „Konflikten“ meint er wohl ihre divergente Position zum scheidenden Leiter der Stadtwerke. Wie die Mehrheit des Stadtrates hatte auch dieser sich vehement für die Privatisierung der Stadtwerke stark gemacht. Die Umwandlung der Stadtwerke in eine Aktiengesellschaft ist bekanntlich an der Urne gescheitert. Mit der Annahme der Energiestrategie 2050, dem erforderlichen Standortwechsel der Stadtwerke und den Herausforderungen auf dem Schweizer Energiemarkt, stehen wichtige strategische Entscheide an. Diesen Herausforderungen hat sich Esther Schlatter, die dem Referendum des Parlaments übrigens damals neutral gegenüberstand, gestellt und stösst nun bei der Umsetzung auf erbitterten Widerstand.

Seit Esther Schlatter im Jahr 2016 in den Stadtrat gewählt wurde, hat sie durch ihre Klarheit, ihre Fachkompetenz und ihrer Leistungsbereitschaft überzeugt. Den von ihren Vorgängern im Stadtrat vernachlässigten Sachgeschäften, wie dem dringenden Ausbau der ARA, des Umzugs des Werkhofes etc. hat sie sich gründlich und umgehend angenommen.

Fast schon zynisch wirkt die Aussage des Stadtrates, dass seine Massnahme die Situation bei den Stadtwerken beruhigen soll. Das Verhalten des Stadtrates, welches das Kollegialitätsprinzip zur Farce verkommen lässt, wird das Gegenteil bewirken. Zu erwarten sind rechtliche Auseinandersetzungen, weitere Unruhe bei den Stadtwerken und der Energiekommission, teure Verzögerungen bei eingeleiteten Projekten sowie politische Konflikte. Es kommt der Verdacht auf, dass der Entscheid hauptsächlich politisch motiviert ist. Zum Wohle der Wetziker Bevölkerung und der zukünftigen Stadtentwicklung fordern wir den Stadtrat auf, seinen Entscheid umgehend zurückzunehmen.